

Regelung der Arbeitsvermittlung für Kriegsteilnehmer.

N. Berlin, 4. Mai. (Priv.-Tel. Str. Fests.) Der am 30. April auf Einladung des Reichsamts des Innern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Delbrück abgehaltenen Konferenz über eine Regelung der Arbeitsvermittlung für Kriegsteilnehmer, an der außer den Referenten der Reichs- und Staatsbehörden Vertreter einer großen Zahl von Organisationen teilnahmen, war ein Programm zugrunde gelegt, das sich in vier Hauptpunkte gliederte. An erster Stelle wurden die Maßnahmen der Arbeitsnachweisverbände erörtert. In Bezug auf die Herausgabe von Adressenverzeichnissen der sämtlichen nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise wurde der Wunsch ausgesprochen, daß diese Adressenverzeichnisse nicht durch die Verbände, sondern durch das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht werden. Die Regierung sagte eine Prüfung dieser Anregung zu, die augenblicklich Gegenstand von Erörterungen ist. Weiter wurde die Errichtung und der Ausbau öffentlicher Arbeitsnachweise an geeigneten Orten, ferner ein Ausgleich der Arbeitsgesuche und Angebote im internationalen Verkehr besprochen. Bei den Maßnahmen der Arbeitsnachweise fand die in Aussicht genommene Forderung des Zusammenarbeitens aller in einem Ort befindlichen Arbeitsnachweise durch Einrichtung einer Zentralauskunftsstelle die Zustimmung der Versammlung. Es wurde betont, daß schon in einigen Großstädten sich solche Zentralauskunftsstellen als außerordentlich nützlich erwiesen hätten. Eine enge Fühlung mit Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und eine ausgiebige Benutzung des Arbeitsmarktsanzeigers soll nach Möglichkeit gefordert werden. Bei den Maßnahmen der Arbeitgeber wurde es als wünschenswert bezeichnet, daß alle offenen Stellen von Seiten der Arbeitgeber an die organisierten Arbeitsnachweise aller Art gemeldet werden, um ein persönliches Besuchen der Arbeitsstelle durch die Arbeitnehmer unnötig zu machen. Dem Wunsch nach Wiedereinstellung der nach Friedensschluß heimkehrenden Arbeiter wurde von den Vertretern der Arbeitgeber Erfüllung zugesagt, soweit es mit der Lage des Betriebes nur irgend vereinbar wäre. Hingewiesen wurde auch auf die Notwendigkeit, bei der Wiedereinstellung früherer Arbeiter auf die inzwischen beschäftigten Ersatzkräfte Rücksicht zu nehmen und zu verhindern, daß unter diesen eine plötzliche Arbeitslosigkeit eintritt. Die letzten Punkte des Programms waren Wünsche in Bezug auf Verwaltungsmaßnahmen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, insbesondere der Heeres- und Marineverwaltung. Hier wurde aus der Mitte der Verwaltung der Wunsch laut, daß die Heeresverwaltung in Zukunft bei der Entlassung von Mannschaften nicht nur die Interessen der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie berücksichtigen möge. Im allgemeinen ergab sich in der Versammlung eine volle Uebereinstimmung in Bezug auf die für die Arbeitsbeschaffung für die heimkehrenden Krieger zu ergreifenden Maßnahmen.